

Der Volksstaat

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fizial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. W. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Häb,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 15ten Monat und auf den
1ten Monat besonders an-
genommen; im Kgr. Sachsen
u. Erzgh. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fzizial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergütungsgel-Anzeigen mit 25 Pf. die dreizehnpaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 58.

Sonntag, 23. Mai.

1875.

Wegen des Congresses fällt die nächste (Mittwoch-) Nummer aus.

Politische Uebersicht.

Der internationale Stieber hat wieder zwei Thaten gethan: 1) im Namen des österreichischen Kaisers zu Neubörsel 34 Arbeiterdelegirte unter dem blödsinnigen Vorwand der „Geheimbündelei“ (es handelte sich um den öffentlich angekündigten österreichisch-ungarischen Arbeitertag!) verhaftet; 2) im Namen des russischen Kaisers (des neuen CN) ein Reskript an den Adel erlassen, worin es heißt, Rußland sei von sozialistischen und kommunistischen Umtrieben unterwühlt, — der Adel solle die Regierung im Kampfe gegen die Umsturzpatrien unterstützen. Gleichzeitig mit besagtem Reskript hat Stieber unter der Maske des russischen Justizministers bekannt gemacht: „In den verschiedensten Gegenden des russischen Reichs ist die verbrecherische Propaganda hervorgetreten, welche Religion, Moral und Eigenthumsrecht bedroht. Die Sozialisten und Communisten werden mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft, und die Justizbehörden erfüllen ihre Pflicht, indem sie gegen diejenigen, welche den Staat und die Gesellschaft bedrohen, mit ganzer Entschiedenheit auftreten. Aber das in Rede stehende Uebel hat so tiefe Wurzeln geschlagen, daß die gerichtliche Verfolgung allein ihm nicht zu steuern vermag, da die verbrecherischen Theorien Niemand finden, der sie als Verbrechen und Frevel brandmarkte (eigenthümliches Gesandniß!). Im Gegentheil giebt es sogar Personen, deren offizieller Charakter und soziale Stellung sie von den kommunistischen und revolutionären Buhlerien fern halten sollte, die aber dennoch den Vorgängen im Lande nicht nur gleichgültig zusehen, sondern sogar Theil nehmen, die Regierung wegen ihres Vorgehens gegen die immer weitere Verbreitung gewinnende Propaganda zu tabeln. Es ist daher nothwendig, daß, so lange es Zeit ist, alle gutgesinnten sozialen Elemente mit vereinten Kräften nicht nur die den Schutz der Gesamtheit und der öffentlichen Sicherheit bezweckenden Bestrebungen der Behörden unterstützen, sondern auch im Privatverkehr (als Privatstieber) dem Einfluß und der Verbreitung der verbrecherischen Theorien entgegenwirken.“

Bravo! Und das Lange und das Breite dieses grünen Wallmuthias? Wir sind in Schwulitäten und brauchen das rothe Gespenst. S. den Schluß des letzten Artikels von Fr. Engels.

Die italienische Regierung hat sich eines neuen Verbrechens gegen den freien Menschengestalt und die Menschlichkeit schuldig gemacht: Durch ihre bezahlten Richter hat sie eine Anzahl von Mitgliedern der Internationalen Arbeiterassoziation, nach zum Theil anderthalbjähriger Untersuchungshaft, zu schweren Kerkerstrafen — bis zu 10 Jahren! — verurtheilen lassen. Und weshalb? Wegen Theilnahme an der Internationalen! Straf bare Handlungen sind nicht nachgewiesen worden, weil sie nicht nachzuweisen waren. Kurz, ein Tendenzprozeß in des Wortes in samster und brutalster Bedeutung, um so infamer, weil mit Hilfe von Agents provocateurs (Spionen) eingefädelt, so daß also die Regierung das, was sie bestrafen wollte, erst selbst in Szene gesetzt hat!

Vom Rationalzucht haus. Die „Frankfurter Zeitung“, welche seit Beginn des Jahres 1875 einen „Culturkampfabender“ (Berurtheilungen von Ultramontanen, Sozialdemokraten u.) veröffentlicht, giebt folgende zusammensassende Darstellung:

„Während der ersten vier Monate dieses Jahres verurtheilten die Gerichte zu Gefängnisstrafen in einer Gesamtsumme von 65 Jahren 11 Monaten 6 Tagen; zu Geldstrafen in einer Gesamtsumme von 27,843 Mark 75 Pf. (wobei zu bemerken ist, daß in allen Fällen, wo Geldstrafen eventuell Gefängnis decretirt worden, stets die Geldstrafen in Anrechnung gebracht sind). Betroffen werden durch dieselben: 241 Geistliche, 210 Bürger, 136 Rebalkteure, und zwar sielen auf 41 Majestätsbeleidigungen 12 Jahre 8 Monate 14 Tage; auf 68 Bismarckbeleidigungen 8 Jahre 5 Monate 11 Tage und 210¹/₂ Thlr. Es fanden statt: 30 Constatationen, 55 Verhaftungen, 74 Hausdurchsuchungen, 103 Anweisungen, resp. Internirungen, wovon 2 bei Majestäts- und 3 bei Bismarckbeleidigungen, 55 Auflösungen von Vereinen und Versammlungen, 72 Freisprechungen.“

Gefältschte Arbeitsstatistik. In der von uns (Nr. 23) mitgetheilten Lohnstatistik ländlicher Arbeiter, welche dem letzten landwirthschaftlichen Congress vorgelegt wurde, figurirt Schlesien auf einer der niedersten Stufen, nämlich mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 159¹/₂ Thlr. für den allein erwähnten Regierungsbezirk Breslau. Auch diese Ziffer ist zu hoch. Nach einem Bericht in der vorletzten Nummer des „Gewerkschafts“ beträgt das Jahreseinkommen eines ländlichen Arbeiters dort bloß 110 — 130 Thlr. Die übrigen 30 — 50 Thaler sind zugezogen. Und, wie schon gesagt, mit Bezug auf Schlesien war man noch sehr mäßig im — Lügen.

Die letzte Nummer des „Pionier“ enthält unter der Ueberschrift: „Auf zum Sozialisten-Congress“ und: Die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie“ zwei Artikel über und für die Vereinigung, der erstere von Otto Kapell, der zweite von August Kapell. Wir constatiren dies hier, da uns zum Abdruck vor dem Congress der Raum fehlt.

Gewerkschaften.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Landsknecht i. D. Es diene hiermit zur Kenntniß, daß der Streik der Schuhmacher dahier beendet ist und daß wir im Ganzen günstige Resultate erzielt haben. Wir danken den Kollegen Deutschlands für die geleisteten Geldunterstützungen. Auch ersuchen wir noch um Fernhaltung des Zugangs. Mögen es sich die Kollegen Deutschlands zur Pflicht machen, hauptsächlich durch die Agitation, unsere geschaffene Organisation auf eine solche Höhe zu bringen, daß wir wenigstens die Majorität der Schuhmacher in der Gewerkschaft haben, nur dann können wir fester auftreten für unsere gerechten Forderungen. Näherer Bericht und Abrechnung folgt. Das Streikcomité.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar).

Großenhain, 15. Mai. Heute versammelten sich die hiesigen Mitglieder im Saale des Herrn Heinschel, um über den Aufruf der Braunschweiger Genossen (siehe „Volksstaat“ Nr. 53) und die bevorstehende Vereinigung der Gewerkschaften sich zu berathen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erkannten sämmtliche Redner die von den Braunschweiger Genossen geführte Beschwerde gegen die Vorortverwaltung für unbedingt gerechtfertigt, ebenso befürwortete man den von den Braunschweiger Genossen vorgeschlagenen Ort zur Abhaltung der Generalversammlung, jedoch meinte man, daß es nothwendig sei, bis nach dem Gewerkschaftscongress zu warten, da sich eine Aenderung der Statuten durch Annahme des auf dem Gewerkschaftscongress zu entwerfenden Normalstatuts nothwendig machen würde. Diese Ansichten wurden zum Beschluß erhoben und einstimmig angenommen.

Wir ersuchen sämmtliche Genossen, diese Angelegenheiten zu diskutiren und ihre Beschlüsse im „Volksstaat“ bekannt zu geben. J. K.: B. Günther, Vertrauensmann, 563.

Crimmitschau. In Nr. 53 des „Volksstaat“ fordern die Mitglieder zu Braunschweig in einem Aufruf die dringende Abhaltung einer Generalversammlung; es sei befürwortet, in diesem Jahre bestimmt eine Generalversammlung abzuhalten. Im Protokoll der vorjährigen Generalversammlung, welches der Kaufsunterzeichner Kirchner selbst versertigt hat, steht nichts von einer Bestimmung noch von einer Bestimmung. Die Crimmitschauer Genossen, welche auf der letzten Generalversammlung in Chemnitz anwesend waren, erklären diese Behauptung für unwahr, da es der Vorortverwaltung überlassen bleiben sollte, nur bei zwingenden Gründen eine Generalversammlung einzuberufen. Wonach soll sich der Geschäftsführer der bei der Generalversammlung nicht anwesend war, denn richten, als nach dem Protokoll? In diesem Fall kann er überhaupt nur Demen glauben, die ihm am nächsten sind. Was nun die Abhaltung einer Generalversammlung betrifft, so hält es die Vorortverwaltung für unpraktisch, jetzt eine Generalversammlung abzuhalten, indem die Vereinigung sämmtlicher Gewerkschaften angestrebt wird, und ist sie der Ansicht, wenigstens bis zu dem in Aussicht genommenen Gewerkschafts-Vereinigungscongress, welchem die Einladung zur Konferenz bereits vorausgegangen ist, zu warten. Bis dahin werden die Statuten wohl noch zur Richtschnur dienen können. Ungehört ist es, den Geschäftsführer für einen Brief verantwortlich machen zu wollen, welcher mit falschem Namen, ohne Angabe der Strafe und Wohnung erst am 26. April antlangte und welcher schon am 18. April beantwortet sein sollte. Uebrigens ist derselbe auch noch beantwortet worden und kann von einer Nichtbeantwortung keine Rede sein. Es heißt sogar, daß Briefe (also nicht bloß einer sondern mehrere) unter der Adresse des Geschäftsführers zurückgekommen seien. Unter solchen Umständen muß freilich das Zutreten der Mitglieder schwinden, aber wen trifft denn die Schuld? Doch wohl nur die Absender der Briefe, welche dieselben mit falscher und mangelhafter Adresse versehen haben, trotzdem die Adresse des Geschäftsführers oft genug bekannt gegeben ist. Charakteristisch ist noch, daß die frühere Verwaltung, die doch entlastet ist, in dem Aufruf mit angegriffen wird. Unsere Genossenschaft, die fortwährend im Wachsen begriffen ist, wird als eine dahinschwimmende hingestellt. Durch Aufrufe, wie der in Nr. 53 des „Volksstaat“ enthaltene, der nur dazu angethan ist, Zwietracht zu säen, wo Einigkeit herrschen soll, kann freilich die Lebensfähigkeit nicht gesteigert werden; daß aber Verwaltung und Aufsichtsrath auf dem Plage sind, das wird der Geschäftsbericht bei nächster Generalversammlung zeigen. Die indifferenten und pflichtvergessenen Mitglieder, welche uns die Verwaltung erschweren, möchten wir aber ersuchen, ihre Schuldigkeit zu thun, daß es nicht dahin kommt, daß sie als säumige Mitglieder im „Volksstaat“ veröffentlicht werden müssen. Wir ersuchen sämmtliche Genossen, ein reges Streben in agitatorischer Beziehung zu entfalten und schon jetzt dafür Sorge zu tragen, daß die nächste Generalversammlung von allen Seiten besichtigt wird, damit etwas geschaffen werden kann, was unserer Organisation neues Leben giebt.

Im Auftrag der Verwaltung E. Poser.

Correspondenzen.

Berlin, 21. Mai. Dienstag den 16. d. M. Abends versammelten sich die hiesigen „Volksstaat“-Leser, deren Zahl 800 beträgt, im Handwerker-Saal, um sich über eine etwaige Theilnahme an allgemeinen Sozialistencongressen zu verständigen. Nach längerer Debatte wurde der Beschluß gefaßt, 2 Delegirte nach Gotha zu senden mit dem Auftrage, auf Grund des vorgelegten Programm- und Organisationsentwurfs für die Vereinigung zu wirken.

Es wurden Baumann mit einem vollen Mandat von 400, und Mille mit einem von 250 Stimmen betraut. — Möge von nun an eine neue, noch glänzendere Epoche für die Sozialdemokratie beginnen!

Dankeshuß, Anfangs Mai. Zum Einigungsprogramm habe ich folgenden Antrag gestellt:

Zu III Ziffer 8 anstatt Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit u. zu setzen: „Gleichstellung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.“

Zur Begründung meines Antrags führe ich Folgendes an: Nicht die Arbeit des weiblichen Proletariats drückt auf die Lohnverhältnisse des männlichen, sondern die heute bestehende, ebenso nicht-würdige als betrügerische Ablohnung der weiblichen Arbeit. Diese Ablohnung, welche meistens nicht die Hälfte des männlichen Verdienstes erreicht, ist es, welche die schädliche Concurrenz für das männliche Proletariat bildet, und die Jugend des weiblichen Geschlechts, Arme durch Hunger und die bitterste Noth gezwungen, in die Hände und der Bourgeoisie liefert! — Einen großen Theil des Reichthums der Bourgeoisie bildet die flävisch abgelohte Arbeit der unterdrückten Frauen. Der geistige, physische und sittliche Werd, herbeigeführt durch Kinderarbeit in der Fabrikindustrie! Die Gleichstellung der Frauenarbeit wirkt durchaus nicht schädlich, sondern es wird die Männerarbeit ihrer größeren Ertragskraft (?) wegen um so gesuchter sein. Aber selbst, wenn sie eine schädliche Rückwirkung haben sollte, was ich absolut bestritte, so wäre es nur ein Akt der Gerechtigkeit gegen die Frauen. Im andern Falle erklärte sich ja das männliche Proletariat solidarisch mit dem Ausbeutungssystem der Bourgeoisie! Der Wahlspruch der Sozialdemokratie muß sein und bleiben: „Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für Alle“, also auch: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Alle!“ — Selbst die Liga der Friedens- und Freiheitsfreunde hat die Gleichstellung der Frauenarbeit auf ihrem Programm, und die sozialdemokratische Partei, als die weitestgehende, sollte auch nur einen Augenblick zögern, an dem schwächeren Theile des menschlichen Geschlechts gut zu machen, was die Bourgeoisie gesündigt? — Selbst der Bourgeois-Rationalökonom Stuart Mill in seiner „Hörigkeit der Frau“ verlangt es, und wir nicht? Die Frauen müssen einsehen und fühlen lernen, daß die soziale Demokratie auch für die Rechte des schwächeren Geschlechts männlich in die Schranken tritt, da es werden sie die Mith der sozialdemokratischen Denkart schon den Kindern beibringen und eine neue Generation, welche sich in ihrer Totalität ihrer sittlichen Würde und ihrer politischen und sozialen Rechte bewußt ist, wird heranblühen.

Arbeiter! Genossen der Sozialdemokratie! Ich hoffe, daß Ihr auf dem Congress zu Gotha mit imposanter Majorität stimmen werdet für die von mir vorgeschlagene Fassung des betreffenden Programmpassus: „Gleichstellung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit!“

Emil Roland.

Duisburg, 9. Mai. Bereits am 17. Januar d. J. vollzog sich hier thatsächlich die Vereinigung auf einer Arbeiterversammlung; dieselbe fand unter dem Vorsitze des Herrn Fennemann statt mit der Tagesordnung: 1) Die projektirte Städte- und Gemeinde-Ordnung; 2) die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fractionen Deutschlands; worüber uns Herr Wolf einen eingehenden und lehrreichen Vortrag hielt. Am heutigen Tage hielten wir unter dem Vorsitze des Herrn Köllen eine sozialdemokratische Versammlung ab mit der Tagesordnung: Diskussion über den Entwurf zur Vereinigung, und Wahl eines Delegirten zum Congress. Nachdem beide Punkte diskutirt, wurde Herr Baronner von Mühlheim zum Delegirten von Duisburg gewählt. Möge der Congress zum Heile der Arbeiterpartei Deutschlands ausschlagen!

Mit sozialdemokratischem Gruß im Auftrage Sitte, Schriftführer.

Iserlohn, 18. Mai. (Zur Verständigung über die Programmfrage.) Die zweite „Stimme aus der Partei“ in Nr. 55 des „Volksstaat“ giebt mir zu folgenden Bemerkungen Veranlassung:

Nichts hat dem westdeutschen Arbeitertage ferner gelegen, als die Absicht, mit den Ausstellungen an dem Programm-Entwurf etwa Zankäpfel in die Partei zu werfen, welche das Einigungswerk in irgend einer Weise gefährden könnten. Der Arbeitertag hat seiner Ueberzeugung von der absoluten Nothwendigkeit der Einigung in der hierauf bezüglichen, ohne alle Debatte einstimmig angenommenen Resolution genügend Ausdruck gegeben und ich halte mich auf Grund meiner Wahrnehmungen auf dem Arbeitertage sogar zu der Behauptung berechtigt, daß die Teilnehmer an demselben, wenn davon die Einigung abhinge, jedes Programm annehmen würden, wenn es nur nicht gegen die Parteiprinzipien verstößt, und wäre es auch nur ein weißes Stück Papier mit einer geballten Faust darauf. — Dagegen wird aber auch wohl Niemand dem Arbeitertage das Recht abstreiten wollen, diejenigen Positionen des Entwurfs als mangelhaft zu bezeichnen, die er als mangelhaft erkannt hat und welche selbst nach dem gegenseitigen Auerkenntnisse wirklich mangelhaft sind.

Wenn, wie es nach dem Beschlusse des Arbeitertages geschehen sollte, der von mir ausgearbeitete Programm-Entwurf auch durch den „Volksstaat“ veröffentlicht worden wäre, dann würde man gefunden haben, daß auch ich, beziehentlich die Majorität des Arbeitertages, ein „detaillirtes Programm über den Ausbau des zukünftigen sozialdemokratischen Staates u. s. w.“ nicht für nothwendig halten, wohl aber eine detaillirte Aufzählung derjenigen *) Wäre diese „größere Ertragskraft“ wirklich vorhanden, so würde sie die jegliche Nichtgleichstellung der Frauenarbeit rechtfertigen. R. d. S.

Einrichtungen des jetzigen Staates und der Gesellschaft, welche beseitigt werden müssen, um die sichere Erreichung der Endziele der Sozialdemokratie anzubahnen und überhaupt möglich zu machen. Man war der Ansicht, daß in dieser Beziehung das Programm möglichst ausführlich sein müsse, damit das Programm selbst als vorzüglichstes Agitationsmittel dienen könne. Uebrigens glaube ich wohl behaupten zu dürfen, daß in Betreff dieser Einrichtungen, oder auch rücksichtlich der Endziele, erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Gesamtpartei nicht bestehen, vielleicht mit Ausnahme des Arbeitstrages, welchen — wie der Verfasser des Artikels in Nr. 55 ebenfalls hervorhebt — ein Theil im Verhältnis zu den Leistungen, ein anderer Theil nach den Grundrissen der Gemeinschaft der Güter und des Erwerbs vertheilt wissen will. Das ist allerdings eine „erhebliche Differenz“, welche der Congreß durchaus nicht „offenlassen“ darf, vielmehr nach irgend einer Richtung hin ausgleichen muß, wenn eine Spaltung der Gesamtpartei in „Sozialisten“ und „Communisten“ vermieden werden soll. — Diejenigen, welche für eine durchaus gleiche Vertheilung des Lohnes sind, werden aus verschiedenen Gründen zweckmäßig handeln, wenn sie einstweilen sich mit der Vertheilung des Ertrages im Verhältnis zu den Leistungen begnügen. Im Programm kann und darf diese Frage keine „offene“ bleiben.

Magdeburg. (Die Polizei als Berichterstatter.) Montag, den 10. Mai, hatte eine Parteigenosse, wie das alle Wochen geschieht, eine öffentliche Versammlung angemeldet, jedoch war dieselbe so schwach besucht, daß er sie gleich nach Eröffnung wieder schloß. Dieses an sich unbedeutende Ereigniß würde die Leser des „Volkstaat“ nun allerdings nicht sehr interessieren; jedoch lese ich in der gestrigen Nummer der „Magdeburger Zeitung“ folgendes: „Die Führer der sozialdemokratischen Partei hatten am Montag eine Versammlung anberaumt, welche unmittelbar nach der Eröffnung wegen Mangels an Theilnehmern sofort wieder geschlossen wurde. Es hatten sich etwa zehn Personen eingefunden, welche in den Arbeiterkreisen als Führer gelten und in der Regel bei ähnlichen Versammlungen den Kern bilden. Man sieht aus dieser Erscheinung, wie wenig Erfolg die sozialdemokratischen Agitationen unter den arbeitenden Klassen noch haben.“

Au sich ist es nun schon nicht richtig, daß bloß zehn Personen anwesend waren, und da uns sämtliche Anwesende genau bekannt waren, so ist nur die Annahme zulässig, daß die Correspondenz in der „Magd. Zig.“ von dem überwachenden Beamten herrührt. Doch zur Veruhigung des Herrn sei hier gesagt: Schuld daran, daß die Versammlung nicht abgehalten wurde, ist nicht etwa der laue Geist, der in der Magdeburger Arbeiterbevölkerung vorherrschen soll, sondern die ungünstige Zeit vor Pfingsten hielt Menschen an der Arbeit fest, und hätte der Betreffende der Versammlung, in welcher Wotteler hier sprach, beigewohnt, so würde er eines Besseren belehrt sein. Euch aber, Parteigenossen von Magdeburg, rufe ich zu: seit zur bestimmten Zeit am Plage. Es darf bei uns nicht dahin kommen, wie bei dem Reizerverein, der eine Versammlung nicht abhalten konnte, weil die Mitglieder nur 5 Mann hoch erschienen waren.

Frankenhäuser. Aus dem Parteileben. Nun ruhen alle Wälder, er sing man an zu singen, wenn hier das Gespräch auf die Sozialdemokratie kam; man hörte und sah nichts. Da plötzlich erscholl es durch den öffentlichen Anrufer durch alle Straßen, es sei öffentliche Versammlung der Knopfabriker. Dies Eine ließ alles Andere in den Hintergrund treten; alle Hoffnungen auf Ruhe war dahin. Aber halt! wir hörten ja, die Arbeiter wollten ein Schiedsgericht mit ihren resp. Fabrikanten bilden. Um Näheres darüber zu erfahren, wendete ich mich an einen hiesigen wohlunterrichteten Parteigenossen. Ich fragte denselben, was er sich bei der Sache denke, da, wie ich gehört hätte, er auch zu dem Comité gehöre, welches die Angelegenheit mit dem Schiedsgericht reguliren solle. Ich erhielt zur Antwort, daß die Fabrikanten sich einen Spaß machen wollten, der ihnen aber verfallen werden würde. Der Spaß hatte aber doch insofern Werth, als gerade dadurch die Bewegung unter den Arbeiter in Flug kam. Als ich weiter fragte: ob er auch seiner Sache so gewiß sei, da sagte er mir, „fragen Sie die hiesigen Arbeiter, was sie über derlei Schiedsgerichte denken, und Ihr Zweifel wird sich sehr schnell heben. Nur dürfen Sie keinen „Gefasten“ fragen, denn da bezweifle ich, ob Sie eine Antwort erhalten.“ „Gefasten?“ fragte ich, „was ist das?“ „Das sind Solche“, erwidert er zur Antwort, „die ein Haus oder Land kaufen wollen, aber kein Kapital besitzen; diese Arbeiter wenden sich an ihre Fabrikanten und erhalten fast immer so viel, als sie gebrauchen; natürlich müssen sie dann so tanzen, wie ihre Feudalherren pfeifen; es giebt zwar einige sehr lobenswerthe Ausnahmen darunter, aber das sind eben Ausnahmen. Nun“, fragte ich, „Sie glauben also nicht, daß es zu einem Schiedsgericht kommen wird?“ „Nein!“ erhielt ich zur Antwort, „es wird zu etwas Anderem kommen!“ Das ist die augenblickliche Lage der Sache hier. Ich will für heute abbrechen, behalte mir aber vor, über den Verlauf der hiesigen Bewegung dann und wann Bericht zu erstatten.

Breslau. Bekanntlich hängt das öffentliche Auftreten der Sozialdemokratie am hiesigen Orte von der sog. Lokalfrage ab, d. h. von der Möglichkeit, ein Lokal zu finden, welches zur Abhaltung einer Versammlung hergegeben wird. Es ist so weit gekommen, daß in ganz Breslau der Sozialdemokratie nur noch ein einziges ziemlich beschränktes Lokal zu Gebote steht, und wer weiß, ob auch dieses für immer. Seitdem nun auch in Breslau das Verhältnis unserer Parteigenossen zu den Mitgliedern des früher hier bestandenen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ein freundschaftliches geworden, haben auch Parteigenossen unserer Richtung zu wiederholten Malen in dieses eine scholische Lokal Volksversammlungen einberufen, die auch alle einen guten Verlauf hatten. Besonders gut besucht — es mochten 300—400 Personen anwesend sein — war die Volksversammlung am Montag, den 3. Mai, in welcher Herr Max Kayser aus Dresden über die Lohnherabsetzung und die Ansichten der Minister Achenbach und Camphausen referirte. Die Versammlung nahm eine das Befahren dieser Herren scharf mißbilligende Resolution einstimmig an und erreichte ein natürliches Ende. Ueberhaupt scheint unsere hiesige Polizei, die früher eine Zeitlang consequent durchgeführte Manier, jede sozialdemokratische Versammlung nach Belieben aufzulösen — vielleicht von der Rigorosität ihres Vorgehens überzeugt — aufgegeben zu haben.

Angsburg. 2. Mai. Die liberalen Reichsfreunde hielten kürzlich eine Versammlung in den Sälen der goldenen Traube ab, in welcher die Landtagsabgeordneten Fischer und Böll ihren Wählern Bericht erstatteten. Bemerkenswerth ist, daß in dem Einladungs-Inserat, das bloß in den hiesigen liberalen Blättern erschien, ausdrücklich bloß Diejenigen eingeladen wurden, die bei der letzten Reichstagswahl ihre Stimme dem liberalen Candidaten gegeben hatten.

Damit wollte man offenbar die Sozialisten fernhalten. Unsere

Reichstreuen trauten aber dem Landfrieden trotzdem nicht und fanden für nothwendig, „4 Mann Polizei“ zu ihrem Schutz an dem Eingang des Traubensaales aufzustellen. Neben den „bewußten Lagen“, die dort aber die Sozialisten gesprochen wurden, können die Reden als „Reichsreden“ für den Liberalismus gelten, und es wird nun bald der naivste Spießbürger einsehen, daß der Liberalismus hanfrot ist.

Da sich die liberalen Maulhelden aber so sehr vor uns fürchten, so wollten wir ihnen zeigen, daß wir uns im Kampfe auf geistigem Gebiete vor Niemanden zu fürchten haben, und beraumten wir deshalb auf Samstag, den 1. Mai Abends eine Volksversammlung an, mit der Tagesordnung: „Die Sozialisten in und außer dem Reichstag“. Das Referat hatte Freund Wotteler, der sich auf der Durchreise hier befand, bereitwillig übernommen.

Wir fanden für nothwendig, folgende Bemerkung der öffentlichen Einladung beizufügen:

„Zutritt und volle Redefreiheit für Jedermann ohne Unterschied der Parteirichtung. Eine polizeiliche Controlo über die politische Gesinnung der Eintretenden, wie anderwärts üblich, findet nicht statt.“

Der „Volkstaat“ und Reichstagsabgeordneter Herr Dr. Böll ist besonders eingeladen.

Das Comité:

Endres, Stollberg, Tauscher.“

Um 8 Uhr waren die geräumigen Lokalitäten zu den „drei Königen“ dicht besetzt. Freund Tauscher eröffnete die Versammlung Namens des Comité's, führte den Anwesenden den Unterschied der heutigen von Sozialisten einberufenen Versammlung gegenüber der Versammlung der Liberalen im Traubensaal vor und charakterisirte jene Liberalen als klägliche Heiden, die es für nothwendig halten, „sich durch die Polizei vor dem Volke zu schützen“, eine Ausführung, welche mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde. Der Referent, Reichstagsabgeordneter J. Wotteler aus Leipzig besprach die Thätigkeit der Sozialisten im Reichstag in ausführlicher Weise und betonte u. A., daß es nicht so leicht sei, die Wünsche resp. Bedürfnisse des Volkes im Reichstag zur Geltung zu bringen, da man dort mit einer Geschäftsordnung zu rechnen habe, die kaum den Schein der Redefreiheit an sich trage und in den Händen eines nationalliberalen Präsidenten natürlich niemals zu Gunsten sozialistischer Redner gehandhabt werde. Eine Rednerliste, wie in anderen parlamentarischen Versammlungen werde im Reichstag nicht geführt, auch haben die Liberalen sich schon in vorletzter Session gegen Einführung einer solchen energisch gestimmt. Redner kam sodann auf die Reichsverfassung, die Freizügigkeit, das Militärsgesetz, das Impfgesetz, das Landsturmgesetz ic. zu sprechen, und als er in Bezug auf letzteres Gesetz ausrief: „Wenn die russischen Kohorten vereinst über Deutschland hereinkommen, um im Namen ihres Jaren den Löwenanteil für die russische Freundschaft zu reclamiren, dann wird nicht Linie, noch Landwehr und Landsturm, sondern das Volk allein seine Marken schützen müssen“, da brach die ganze Versammlung in einen nimmer endenwollenden Beifallssturm aus. In Bezug auf den eingeladenen aber nicht erschienenen Dr. Böll ist, wie uns Freund Wotteler berichtet, zu constatiren, daß derselbe als Mitglied der Justizgesekkommission gegenwärtig in Berlin weilte. Redner sprach sein besonderes Bedauern aus, daß er nicht Gelegenheit habe, seinem verehrten Kollegen Herrn Dr. Böll in Augsburg gegenüberzutreten zu können, es wäre ihm dies lieb gewesen, da er Herrn Dr. Böll seine Anerkennung und Dankbarkeit dafür hätte aussprechen mögen, daß derselbe in Bebel's Wahlkreis in Neerane die Güte gehabt habe, auch den sozialistischen Wählern Bebel's Bericht zu erstatten, während, wie bekannt, Bebel im Gefängniß saß. Wenn dem Herrn Doctor bei dieser Gelegenheit Widerspruch widerfahren sei, so werde ihn dieser überzeugt haben, daß die Wähler Bebel's gewußt, was hinter den demokratisch angehauchten Phrasen des liberalen Culturkämpfers in Wirklichkeit stehe. Das ausführliche Referat, welches auch die wirtschaftlichen Grundzüge des Liberalismus und die Lage der arbeitenden Klassen, des Kleinhandwerks, der Bauern und ländlichen Arbeiter behandelte, nahm in seinem allgemeinen Theile 1 1/2 Stunden in Anspruch, während nach 1/4stündiger Pause, Wotteler in weiteren 1 1/2 Stunden, die Stellung der Sozialisten der heutigen Gesellschaft und Gesetzgebung gegenüber und speziell die Aufgaben der Gesetzgeber mit Rücksicht auf die bestehenden Zustände und Mängelheiten unter der größten Aufmerksamkeit der Anwesenden erläuterte. Ogner meldeten sich, obgleich wiederholt aufgefordert, nicht zum Wort, trotzdem deren Viele anwesend waren und dem Referenten das Zeugniß geben mußten, daß er die Tagesordnung auf eine gebiegene und glänzende Weise erledigt habe. Diese Volksversammlung hat wieder viel zur Verbreitung und Festigung unserer Ideen beigetragen und sprach sie sich einstimmig billigend über die Haltung der Sozialisten im Reichstag aus.

Heesendorf. Daß in dem lieben Städtchen Bremerhasen von gewissen Herren außer den verschiedenen Wissenschaften auch die National-Oekonomie gründlich studirt wird, hatten die hiesigen Sozialdemokraten sich niemals träumen lassen. Doch bald genug sollten sie eines Anderen belehrt werden. In der hiesigen „Provinzial-Zeitung“ stand es mit großen Lettern gedruckt: „Gewerbeverein. Vortrag des Herrn Dr. Barth über „Kapital und Arbeit“. O weh! Nun ist's aus mit der Sozialdemokratie in Bremerhasen, dachten wir, die gottlosen, revolutionären Reden unseres Genossen Slaud werden heut Abend jedenfalls schlagend widerlegt, und — — — Wir wollen aber doch in Ehren untergehn“, hieß es. Gefagt, gethan. Als die Sonne bereits hinter dem Horizonte verschwunden war, pilgerte ein kleines Häuflein schlicht gekleideter Männer nach dem durch seine erleuchteten Fenster weithin sichtbaren „Colosseum“ zu Bremerhasen. Es waren „wir“, d. h. die Sozialdemokraten, welche heut einen Strauß ausrichten wollten. Man male sich unsern Schreck aus, als uns beim Eintritt in den Saal anstatt der erwarteten Feuerworte die bezaubernde Stimme eines Tenorsängers mit obligater Violinbegleitung entgegen schallte. Schon fragen wir an zu glauben, der Herr Dr. löse singend unter Violinbegleitung die soziale Frage, als der Irrthum sich noch rechtzeitig aufklärte. Wir waren in einen Gesangsverein gerathen; der Gesangsverein tagte oder nächstete vielmehr eine Etage höher im „kleinen Zimmer“. Reht wachen und die Treppe hinaufmarschiren war das Wort weniger Augenblicke. Oben angelangt, sahen wir den ganzen Gewerbeverein, 8 Personen stark, echl. 3 Zeitungsreporter, bereits versammelt. Wir wurden freundlich begrüßt und ersucht, Platz zu nehmen, was auch sofort geschah. Die Sitzung wurde nun eröffnet. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt worden waren, erhielt der Herr Dr. Barth das Wort zu seinem Vortrage. Die Person desselben machte auf uns einen ganz glänzigen Eindruck, aber das Referat — hrrrrrr! — Dank der schlechten Geschäftszeit war unser Mogen nicht zu sehr gefüllt und somit konnten wir ohne nachtheilige Wirkungen besärchten zu brauchen noch Jeder eine gute Portion von dem in einer halben Stunde verfertigten „Krautsalat“ verdauen. Die diese Speise, Geistespeise, zubereitet war, kann sich wohl ein Jeder entzählen. „Anno dazumal ist gewesen

ein fleißiger und viele Faulkazer. Dieser fleißige ist geworden Kapitalist und die Faulkazer Proletarier.“ — Bams! Ja so war's und so bleibt's. — Das „Referat“ (???) war zu Ende. Wir waren in dem guten Glauben hingezogen, nach dem Vortrage in der Debatte loslegen zu können — aber da hatten wir uns sehr geirrt. „Debatte findet nicht statt. Sollte dagegen irgend Jemand eine Frage an den Referenten richten wollen, so werde er bereitwillig Antwort geben“. In der Noth frist der Teufel fliegen, dachten wir und machten insolge dessen von dem Rechte des „Fragenstellens“ Gebrauch. Zuerst ersuchte Slaud den Referenten, welcher in seinem Vortrage den Staat den Kapitalien beigezählt hatte (!), ihm doch den Begriff „Staat“ näher zu definiren. Ja, da war guter Rath theuer. Trotz aller Anstrengung gelang es ihm nicht, den Wunsch Slaud's zu erfüllen. Aus diesem Grunde sah sich Letzterer veranlaßt, dem National-Oekonomie studirenden und Jurisprudenz studirten habenden Herrn Dr. den Begriff „Staat“ in seiner verschiedenartigen Auffassung auseinanderzusetzen. Und — man höre und staune — was gab der Herr Dr. für eine Antwort? „Die von Herrn Slaud gegebene Definition ist mir allerdings bekannt; aber sie ist nicht von der Wissenschaft bekräftigt (sic!); die Wissenschaft hat bis jetzt den Begriff „Staat“ noch nicht endgültig definnirt“!!! — — — Die Debatte zog sich nun über diesen und noch andre Gegenstände über 1 Stunde in die Länge, bis der Vorsitzende derselben mit den Worten ein Ende machte: „Ich glaube, meine Herren, wir schließen die Diskussion; denn belehren können wir Sie doch nicht“. Ein höhnisches Lächeln umspielte ob diesen Worten unser Aller Mund. Wir nahmen jedoch den Vorschlag des Herrn gern an und verfügten uns, nachdem wir vorhergehenden hatten, dem Wunsche, baldigst wiederkommen, Folge zu leisten, nach Hause.

5 Wochen darauf pranzten an den Straßenecken große rothe Plakate, auf welchen zu lesen war: „Soch! Volksversammlung. „Kapital und Arbeit“. Referent Herr Slaud. Der Herr Dr. Barth ist brieflich eingeladen“. Die Bremerhasener Sozialdemokraten hatten sie angeschlagen, um zu zeigen, daß man auch ihrerseits über National-Oekonomie sprechen könne. 2 Tag; vor genannter Versammlung erhielt Slaud einen Brief, in welchem ihm der Herr Dr. Barth anzeigte, daß es ihm unmöglich sei zu erscheinen. Also „unmöglich“, am Sonntag Nachmittag. — Zur genannten Zeit hatten sich etwa 270 Personen im „Colosseum“ eingefunden, darunter viele aus den sogenannten „höheren“ Klassen, um dem Vortrage Slaud's beizuwohnen. In einem 1/4stündigen Referate entledigte sich derselbe seiner Aufgabe sehr geschickt, wofür ihn beim Schluß lang anhaltender Beifall lohnte. Trotz mehrfacher Aufforderung von Seiten des Vorsitzenden A. Rath meldete sich keiner der anwesenden Ogner zum Wort und wurde somit die Versammlung geschlossen. So schnell wird der Herr Dr. wohl nicht wieder über nationalökonomische Thematia sprechen.

Erwähnenswerth sind noch 2 in der darauffolgenden Woche abgehaltene Volksversammlungen in Geseesdorf und Bremerhasen, in welchen beiden Slaud über den „Congreß zu Gotha“ referirte. In letzterer wusch derselbe die Zeitungreporter hiesiger Lokalblätter einmal wieder gründlich rein. Es war nämlich ein Antrag eingezogen, dahingehend, den Reportern, da sie ihre Berichte doch nicht wahrheitsgetreu bringen, den Zutritt zu unseren Versammlungen nicht mehr zu gestatten. Slaud gebrauchte bei der Debatte über diesen Antrag die Worte: „Man stellt sich gewöhnlich als Symbol der Sozialdemokratie einen mit einem Kalbappel bewaffneten Menschen vor. Ich so wenig als der Vorstand bin im Stande, dafür zu garantiren, daß in einer Versammlung nicht einmal ein solcher Mensch anwesend sein könnte, und daß demselben nicht einmal in Folge der Entrüstung über solche schamlose Verbrechen die Hand jucke und er sich der Herren Reporter erbarme“. — Für diesen Ausspruch wurde Slaud am 11. d. Mts auf das Polizeiamt zu Bremerhasen citirt und die Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Dort suchte man ihm zu beweisen, er habe gesagt: „Sicher wird in dieser Versammlung Einer anwesend sein, der sich mit einem Kalbappel jener beiden Herren erbarmt“. Slaud bestritt dies energisch und gab 3 Zeugen an, welche die Verdrehung jener Worte beschwören können. Kommt die Sache vor das Schöffengericht, so macht sich der Deumjanant höchstens lächerlich, und macht nur Propaganda für unsere Sache. Der Grundstein liegt hier schon seit Jahren fest. Im Aufbau sind wir jetzt begriffen, aufgemuntert durch den Gedanken an die Gerechtigkeit unserer Sache. Eine Anzahl Sozialdemokraten.

Briefkasten. Aus dem Uebrig werden wir nicht klug; haben Sie denn nicht wöchentliche Abtheilung genommen? Groß und D. Kra in Hamburg: Konnte wegen Mangel an Raum in die Sonntagsnummer nicht aufgenommen werden.

Quittung. der Expedition. Stiff Hamburg: Die Annoncen betragen seit 1. Januar 1876 bis Ende April 4.70. Bezahlt werden daran 3.30. Sölm nach Rest 1.40. Barowsky Königsherg Sgr. 9.00. Nur Porzheim Sgr. 20.00. Fr Engel Reubach 15. 1.50. Rut Ab. 0.55. Khr hier Sgr. 8.23. Lem hier Sgr. 9.63. Sahl Raaßberg Sgr. 1.05.

Zum Wahlstand. Von Arbeitern der Cigarettenfabrik v. Baumlow u. Sohn Berlin 5.00. Blinnu hier 3.75. Fand für Gemadregelte. Von Künstler Berlin 3.00.

Anzeigen 2c.

Berlin Große öffentliche Versammlung des Wahlvereins der sozial-demokr. Arbeiterpartei. Montag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr in Renz Salon Nau-
markt 27 — T. O: Bericht des Fabrikarbeiters von Berlin über die Arbeitsverhältnisse, Ref. Herr Bernheim. — Mittheilungen über den Congreß zu Gotha.

NB. In dieser Versammlung werden keine Plakate ausgegeben. Aufnahme neuer Mitglieder. — Zutreichs Erscheinen erwartet.
Der Vorstand. (90)

Leipzig Gewerkschaft der Metallarbeiter. Den 24. Abends 8 Uhr Versammlung, Nicolaistr. Nr. 38 bei Fröhlich (Goldwa: Ring) T. O: Gewerkschaftliches. Aufnahme neuer Mitglieder. (40)

Leipzig Gewerkschaft der Schuhmacher. Montag, den 24. Mai Versammlung bei S. Richter, Kopsplatz 9. — T. O: Gewerkschaftliches. Sozialer Wochenbericht. Fragesachen. — Zutreichs Erscheinen erwünscht. D. B. (40)

Leipzig Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Montag, Abnd 8 Uhr Versammlung bei Jakob, Petersstr. 15. (4. Idener Arm) — Gäste stets willkommen. D. B.

In dieser Versammlung müssen, wegen statfindender Revision, alle Mitgliedsbücher mitgebracht werden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Mühl.
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Zeitungsstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.